

Antrag A18

Antragssteller*innen: Philipp Möller (Delegierter Mitte), Deike Janssen (Delegierte Mitte), Rouzbeh Taheri (Delegierter Neukölln), Nina Papenfuß (Delegierte Neukölln), Martha Kleedörfer (Co-Bezirksvorsitzende und Delegierte Mitte, stellvertretende Landesvorsitzende), Jaime Martínez Porro (Delegierter Steglitz-Zehlendorf und Mitglied des Landesvorstands), Pilar Caballero Alvarez (Bezirksvorsitzende und Delegierte Reinickendorf und Mitglied im Landesvorstand), Andreas Umgelter (Delegierter LAG Gesundheit&Pflege), Carsten Braband (Delegierter Mitte), Antonia Heinrich (Delegierte Neukölln), Fabian Nehring (Delegierter LAG Vergesellschaftung), Niki Mitländer (Delegierte*r Jugendverband), Kyla Grigoleit (Co-Bezirksvorsitzende und Delegierte Charlottenburg-Wilmersdorf), Johannes Kolleck (Co-Bezirksvorsitzender und Delegierter Charlottenburg-Wilmersdorf), Vicco von Borries (Delegierter Mitte), Nathalie Steinert (Mitglied des Landesvorstands), Niklas Schenker (Mitglied des Landesvorstands), Vincent Bababouilabo (Mitglied des Landesvorstands), Ongoo Buyanjargal (stellvertretende Landesvorsitzende), Betül Havva Yılmaz (MdA Neukölln)

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Regieren anders machen – Ein Bündnis mit den Berliner*innen schließen

2
3 Im Wahlkampf haben wir angekündigt, dass mit Elif alle Berliner*innen ins Rote Rathaus
4 einziehen. Nun sind wir mit Abstand stärkste Kraft. Falls sich die Partei entscheiden
5 sollte, in eine Regierung einzutreten, wollen wir dieses Versprechen einlösen, um jene
6 Hoffnung zu organisieren, die Hunderttausende uns mit ihrer Stimme geschenkt haben.
7

8 Eine linke Regierung muss ab Tag 1 Politik anders machen und alle Berliner*innen dazu
9 einladen, die Stadt ab jetzt gemeinsam zu gestalten. Dazu gehört, auf Augenhöhe mit
10 der Bevölkerung zu bleiben, ihre Anliegen, Sorgen und Probleme zu kennen und
11 gemeinsam mit ihnen zu kämpfen. Dafür braucht es ein klares Bekenntnis unserer
12 künftigen Regierungsmitglieder sowie den Aufbau der passenden Strukturen und die
13 Bereitstellung der notwendigen Ressourcen in einer künftigen Regierung.
14

15 Auf dem Weg, unsere Stadt wieder bezahlbar zu machen, werden wir sehr viel
16 öffentlichen Gegenwind bekommen, denn wir müssen uns dafür mit den Reichen und
17 Konzernen anlegen. Diesen Kampf können wir gewinnen, wenn wir ihn gemeinsam mit
18 den Berliner*innen führen. Wir sind überzeugt: Berlin werden wir uns nur zurückholen,
19 wenn wir ein Bündnis mit der Bevölkerung schließen.
20

21 Um dieses Bündnis zu schmieden, wollen wir in den Koalitionsverhandlungen folgende
22 Punkte im Koalitionsvertrag vereinbaren:

23 1. Wir wollen eine jederzeit ansprechbare und nahbare Verwaltung, daher sollen in allen
24 Senatsverwaltungen und insbesondere in der Senatskanzlei Formate entwickelt und
25 vereinbart werden, wie die Berliner*innen mit ihren Problemen, Anliegen und Sorgen
26 künftig besser gehört und beteiligt werden können. Regelmäßige Sprechstunden von
27 Amtsträger*innen, die von Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung und
28 Sozialarbeiter*innen begleitet werden, damit Fälle direkt an die entsprechenden
29 Verwaltungsstellen weitergegeben werden, können dazu eine Möglichkeit sein.
30 2. In der Senatskanzlei und den linksgeführten Senatsverwaltungen werden
31 Ressourcen und Personal für organisierende Arbeit und Organizing bereitgestellt und
32 Konzepte entwickelt, wie sich unsere Politik im Senat mit dem Aufbau von

gesellschaftlicher Macht in den Kiezen und Betrieben verbinden lässt. Wir wollen keine Partizipationsshow, sondern echte Beteiligung der Berliner*innen an unserer Politik. Hierzu werden Ansätze der Offices of Mass Engagement und Workers Power aus New York auf die Berliner Situation übersetzt und neue Ansätze entwickelt.

3. Eine linke Bürgermeisterin geht in die Kieze, um die Berliner*innen zu treffen und ihnen zuzuhören, bevor entschieden wird. Aus der Senatskanzlei heraus wird mindestens einmal im Jahr in jedem der 12 Berliner Bezirke ein Format organisiert, bei denen die Menschen die Möglichkeit haben persönlich mitzuteilen, was funktioniert, was nicht funktioniert und was sie von ihrer Bürgermeisterin erwarten – denn die Berliner*innen wissen am besten, was es braucht, damit die Stadt wieder für sie funktioniert.

4. In allen Senatsverwaltungen und der Senatskanzlei werden in den Einzelplänen unnötige Repräsentationsausgaben gestrichen, dazu gehören z.B. Auftritte des Landes Berlin auf (Immobilien-)Messen, Reisen von Ausschüssen und Senatsmitgliedern, offizielle Empfänge und weitere Amtsprivilegien. Die jährliche Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung (Diät) wird ausgesetzt.

5. Das bislang exklusive Fest des Regierenden Bürgermeisters wird zu einem Fest von Elif für alle Berliner*innen, die den Laden am Laufen halten. Die eingeladenen Gäste bilden die Stadtgesellschaft in ihrer Breite ab.

6. Die Berliner*innen erwarten von uns, dass wir konkrete Verbesserungen in ihrem Alltag voranbringen und das Leben wieder bezahlbarer machen. Dafür setzt der Senat einen Expert*innenrat für Bezahlbarkeit ein, der bei der Senatskanzlei angesiedelt wird. Der Rat erarbeitet Policy-Vorschläge, wie in Berlin die Bezahlbarkeit verbessert werden kann. Grundlage seiner Arbeit ist ein jährliches Bezahlbarkeitsgutachten.

7. Eine hohe Professionalität, Ehrlichkeit und Transparenz gehört zu den weiteren Kernelementen dieser neuen Regierungskommunikation. Dafür werden die linksgeführten Senatsverwaltungen ausreichend Geld und Ressourcen für eine modernen Kommunikationsabteilung, inklusive Social Media Team, Kampagnen-Team, als auch Redaktions- und Produktionsteams bereitstellen.

Begründung: Die Linke ist mit Abstand die stärkste Partei in Berlin geworden, das ist ein riesiger Vertrauensvorschuss. Nun haben wir die Chance gemeinsam mit den Berliner*innen ein neues Kapitel für diese Stadt aufzuschlagen.

Der Wahlsieg war möglich, weil sehr viele unserer Nachbar*innen große Hoffnung in unsere Partei in diesen finsternen Zeiten setzen. Hoffnung auf eine politische Alternative, in der die Stadt endlich für die Leute da ist, die sie aufgebaut haben und sie jeden Tag am Laufen halten. Hoffnung auf eine Alternative zum Sozialraub der Bundesregierung und auf eine Politik, die nah bei den Menschen ist statt bei den Immobilienbossen und Konzernlenker*innen.

Der Wahlsieg war aber auch nur deshalb möglich, weil Tausende unserer Mitglieder über Wochen und Monate für unsere Partei gekämpft und alles gegeben haben, an den Haustüren, Infoständen, Mieter*innenberatungen oder Kiezfesten. Sie alle teilen die Hoffnung darauf, dass wir Politik wirklich anders machen. Wie das funktioniert, haben wir bereits im Wahlkampf gezeigt. Wir waren an 270.000 Haustüren, haben erfahren, wo die Probleme wirklich liegen. Wir haben Mieter*innenversammlungen organisiert, standen am Streikposten, haben Heizkosten gecheckt, Hunderte Mieterhöhungen geprüft, Kiezfeste gefeiert und gemeinsam Müll gesammelt. Wir und Elif haben im Wahlkampf ein immenses Vertrauen aufgebaut, dass wir die Stadt anders und gemeinsam mit den Berliner*innen regieren wollen. Und genau durch diesen Politikansatz haben wir als Linke Glaubwürdigkeit gewonnen. Genau deshalb wurden Hunderte im Wahlkampf unsere neuen Genoss*innen, Zehntausende sind es in den vergangenen 1 ½ Jahren geworden.

85 Berlin als rote Metropole mit Elif als erster linker Bürgermeisterin könnte international
86 einen Pol der Hoffnung von New York nach Berlin schaffen, dass es eine Alternative zu
87 den immer weiter erstarkenden Faschisten gibt, die überall nach der Macht greifen.
88 Doch uns ist auch klar, diese Hoffnung einzulösen, wird eine immense
89 Herausforderung - denn wir haben starke Gegner und ungünstige
90 Ausgangsbedingungen. Wir wissen darum, wie schnell sich Sachzwänge in
91 Regierungslogiken übersetzen, die Politik von den Menschen entfernen, so gut es
92 unsere Leute in den Ämtern auch vorher meinten. Deshalb wollen wir Strukturen
93 schaffen, um den Kontakt einer linken Regierung mit den Berliner*innen und der
94 aktiven Stadtgesellschaft zu erhalten, sie einzuladen mitzugestalten und sich
95 gemeinsam zu organisieren. Und wir wollen die Menschen auf dem Weg der
96 Veränderung mitnehmen. Das schaffen wir nur, wenn wir eine einfache und
97 reichweitenstarke Regierungskommunikation aufbauen.
98 Wir wollen eine linke Regierung, die von Tag 1 an ausstrahlt, dass sie es ernst meint mit
99 dem Dienst an der Bevölkerung und sich mit der Stadtgesellschaft zusammentut.
100 Deren Amtsträger*innen nah an der Lebensrealität der Berliner*innen bleiben und die
101 durch regelmäßige Sprechstunden erfahren, wo die Sorgen der Menschen in der Stadt
102 wirklich liegen. Wir wollen eine linke Regierung, die schwierige Entscheidungen mit der
103 Bevölkerung rückkoppelt und ihre Glaubwürdigkeit behält, auch wenn mal Fehler
104 gemacht werden. Und die vermittelt, dass wir Veränderung zum Guten für die
105 Menschen vorantreiben.
106 Wir sind überzeugt, um zu gewinnen, brauchen wir mehr als nur das Rote Rathaus und
107 die Senatsverwaltungen, sondern wir brauchen eine Strategie zu einem langfristigen
108 gesellschaftlichen Machtaufbau. Packen wir es an!